

Abbildung 1a

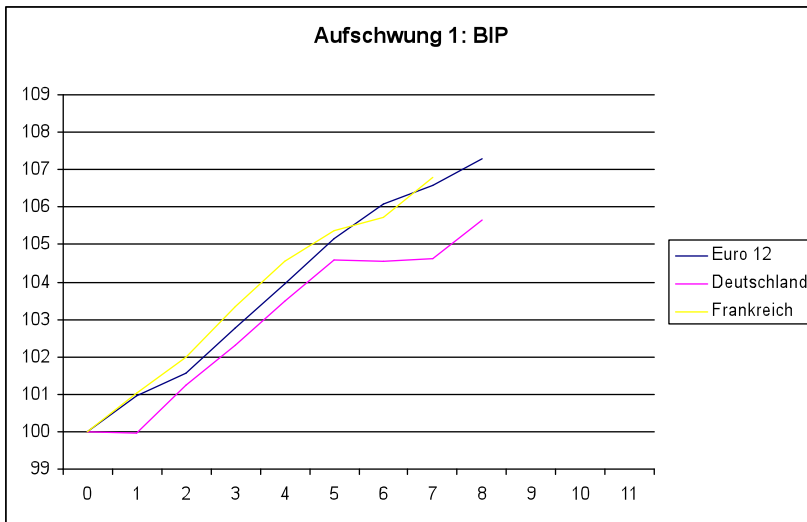


Abbildung 1b

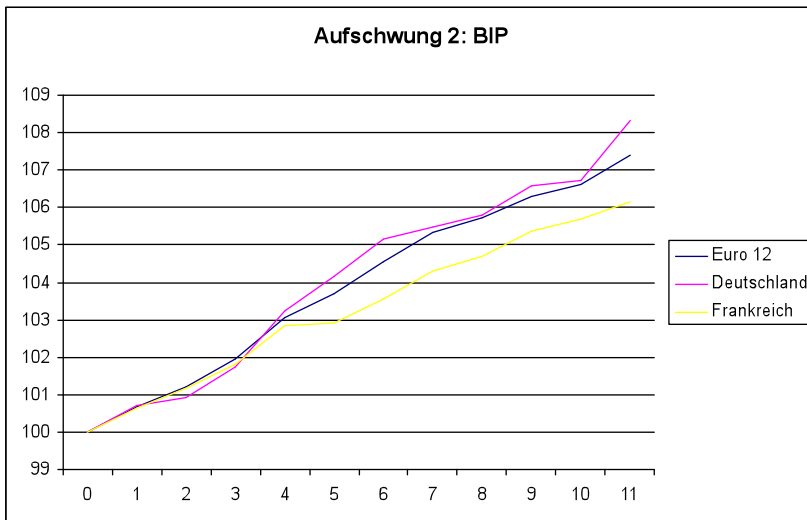


Abbildung 1c

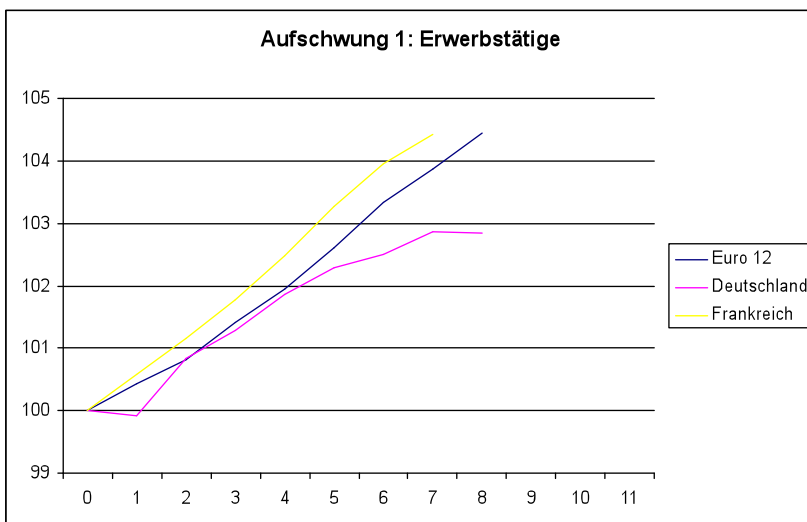


Abbildung 1d

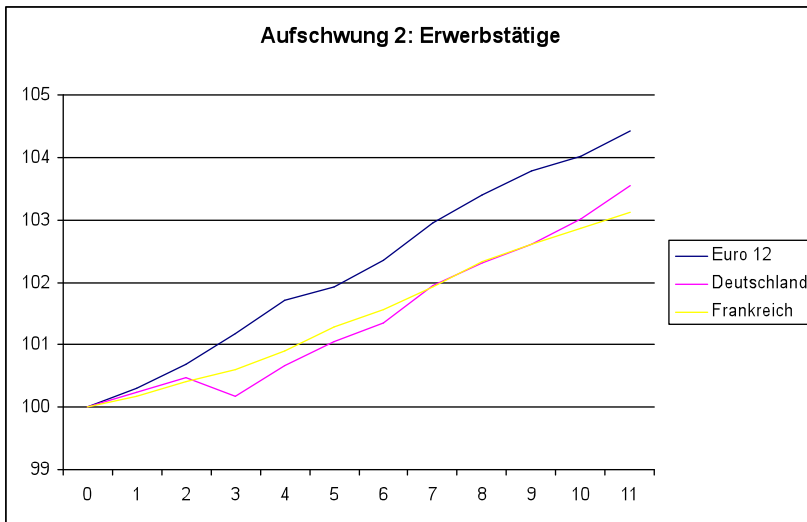


Abbildung 1e

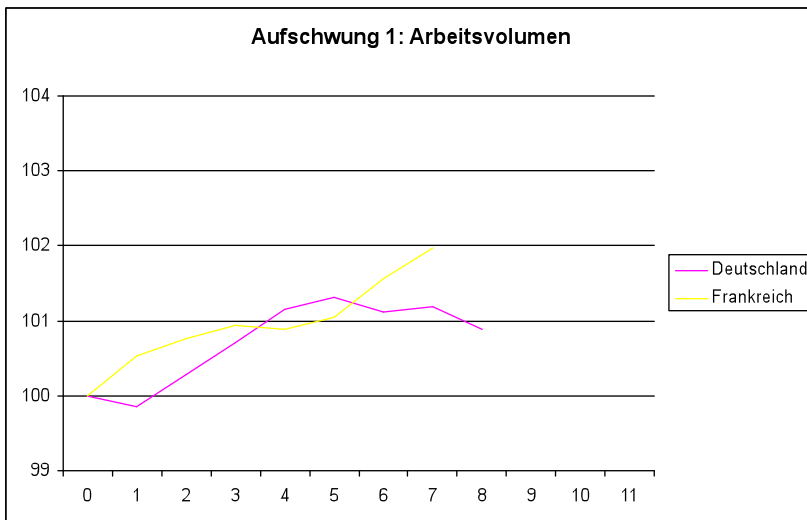
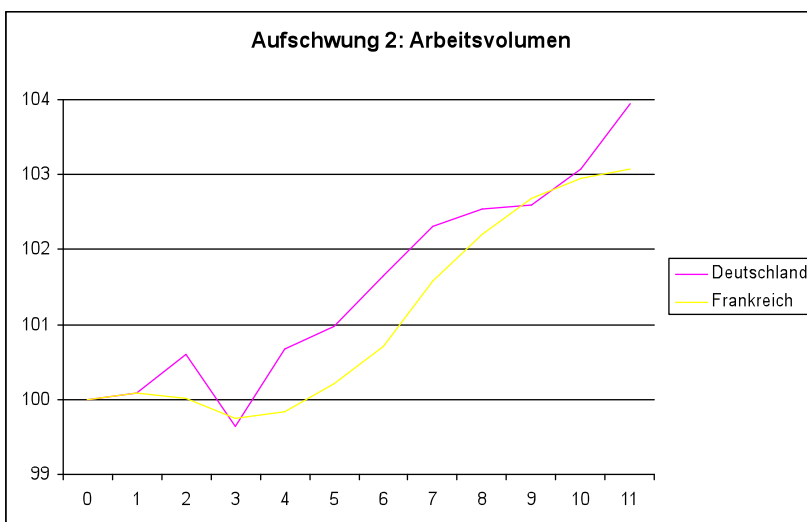


Abbildung 1f



Anmerkungen: Aufschwung 1: EU 12: 1998:4-2000:4, Deutschland: 1999:1-2001:1, Frankreich: 1999:1-2000:4;
 Aufschwung 2: EU 12, Deutschland und Frankreich: 2005:2-2008:1

Der in der öffentlichen Debatte häufig gefeierte starke Rückgang der Arbeitslosenquote in Deutschland während des zweiten Aufschwungs war tatsächlich außergewöhnlich. Dieser erklärt sich aber nicht durch den – wie gesehen, wenig außergewöhnlichen – Beschäftigungsaufbau. Vielmehr war im Aufschwung nach den Arbeitsmarktreformen ein Rückgang des Erwerbspersonenpotenzials (das im vorigen Aufschwung noch gestiegen war) zu verzeichnen (vgl. Logeay/Zwiener 2008, S. 419f. und Tabelle 1).⁷ Zudem erfolgte eine „sorgfältige Überprüfung des Arbeitslosenstatus“ (div. Monatsberichte der BA, zitiert nach Logeay/Zwiener 2008) durch die Bundesagentur für Arbeit in Folge des sprunghaften Anstiegs der Arbeitslosigkeit nach der Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe.

Vom Aufbau eines großen Niedriglohnsektors in Deutschland hatte man sich insbesondere eine niedrigere Arbeitslosenquote der Geringqualifizierten versprochen. Diese ging aber im zweiten Aufschwung – im Unterschied zum ersten – etwas weniger stark zurück als die Arbeitslosenquote insgesamt (siehe Tabelle 1). Bemerkenswert ist vor allem der starke Rückgang in Frankreich während des ersten Aufschwungs. Demnach dürfte der Beschäftigungsaufbau infolge der Arbeitszeitverkürzung insbesondere auch Geringqualifizierten zugute gekommen sein.

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen wird häufig als Indikator für die Verkrustung des Arbeitsmarkts betrachtet. Im ersten Aufschwung war demnach Deutschland vergleichsweise erfolgreich bei der Reduktion des Anteils der Langzeitarbeitslosen in Prozent der Arbeitslosen (-2,4 Prozentpunkte). Allerdings weist Deutschland mit 51% im ersten Quartal 1999 auch einen deutlich höheren Anteil an Langzeitarbeitslosen auf als Frankreich mit 39% im ersten Quartal 1999. Im zweiten Aufschwung war Deutschland nicht nur deutlich weniger erfolgreich als Frankreich und der Euro-12-Durchschnitt in der Reduktion der Langzeitarbeitslosigkeit, sondern auch weniger erfolgreich als im vorigen Aufschwung.

Zuweilen wird von Reform-Befürworterinnen und -Befürworthern argumentiert, der Erfolg der Reformen sei darin sichtbar, dass die strukturelle Arbeitslosigkeit (NAIRU) seit 2005 sinke.

⁷ Es lässt sich argumentieren, dass das geringe Bevölkerungswachstum auch für die relativ schwache Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung verantwortlich ist. Jedoch spricht viel für die entgegen gesetzte Kausalität: So ermöglichte etwa in Spanien ein hohes BIP-Wachstum trotz noch niedrigerer Geburtenrate als in Deutschland ein kräftiges migrationsinduziertes Bevölkerungswachstum bei gleichzeitigem Rückgang der Arbeitslosenquote.

Wir halten nicht viel von NAIRU-Schätzungen, weil sie im Wesentlichen den Verlauf der tatsächlichen Arbeitslosigkeit nachzeichnen (vgl. z.B. Horn et al. 2007b). Wegen des Interesses einiger Ökonominnen und Ökonomen an dieser modifizierten Trendarbeitslosenquote weisen wir aber in Tabelle 1 die von der OECD berechneten NAIRUs aus. Demnach entwickelte sich die NAIRU in Deutschland im zweiten Aufschwung (-0,3 Prozentpunkte) tatsächlich deutlich besser als im ersten Aufschwung (+0,1 Prozentpunkte). Einen weitaus stärkeren Rückgang der NAIRU verzeichnete aber Frankreich im ersten Aufschwung (-0,8 Prozentpunkte). Und auch im zweiten Aufschwung gelang es Frankreich und den Euro-12-Ländern, die NAIRU stärker zu reduzieren als Deutschland. Anhängerinnen und Anhänger des NAIRU-Konzepts müssten sich auf Grundlage der OECD-Daten dem Einwand stellen, dass etwa eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung wie in Frankreich besser dazu geeignet sein könnte, die strukturelle Arbeitslosigkeit zu reduzieren, als Strukturreformen, wie sie unter hohen sozialen Kosten in Deutschland durchgeführt wurden.

Bisher wurde allein die Arbeitsmarktentwicklung – bei gegebenem BIP-Wachstum – betrachtet. Schon auf Grundlage dieser engen Betrachtung sind erhebliche Zweifel an der Alternativlosigkeit der deutschen Arbeitsmarktpolitik anzumelden. In anderen, vergleichbaren Ländern ist es nämlich offenbar gelungen, die Arbeitslosigkeit ohne eine massive Ausweitung des Niedriglohnssektors und einen vermehrten Druck auf Arbeitslose zu reduzieren. Damit konnten deutliche Einschnitte in die Lebensqualität vieler Betroffenen vermieden werden.

Letztlich ist aber fraglich, ob Zyklenvergleiche, die allein auf die Situation am Arbeitsmarkt fokussieren, geeignet sind, den Erfolg oder Misserfolg der Arbeitsmarktderegulierung in Deutschland zu beurteilen. Denn die eigentlich relevante Frage ist nicht (allein), ob bei gegebener BIP-Entwicklung mehr Beschäftigung geschaffen wurde als früher (also die Beschäftigungsschwelle und die Durchschnittsproduktivität gesenkt wurden). Vielmehr entscheidend ist zum einen, ob die Reformen das Wachstum insgesamt unterstützt haben und in der Folge mehr Arbeitsplätze entstanden sind, und zum anderen, ob das so geschaffene Wachstumsmodell dauerhaft tragfähig ist.

5 Erfolge in der Krise nicht Resultat der Arbeitsmarktreformen

Zuweilen wird argumentiert, die robuste Verfasstheit des deutschen Arbeitsmarkts in der Krise sei Resultat der Arbeitsmarktreformen. Diese Argumentation ist aber irreführend. Denn

Intention der Arbeitsmarktderegulierung war es, die (externe) Flexibilität des Arbeitsmarkts zu erhöhen, das heißt, die Möglichkeit der Unternehmen zu verbessern, ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer schnell zu entlassen und schnell neu einstellen zu können. Dies hätte aber, für sich genommen, zu einem deutlicheren Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Krise führen müssen, wie etwa in den USA oder Großbritannien, wo der Beschäftigungsschutz sehr viel geringer ist als in Deutschland.

Zum allergrößten Teil ist die Beschäftigung in der Krise jedenfalls durch den – von den Tarifparteien schon ab Ende der 1990er Jahre vereinbarten – verbreiteten Einsatz von Arbeitszeitkonten und durch die extensive Nutzung der ausgeweiteten Kurzarbeiterregelung gesichert worden (vgl. hierzu ausführlich Herzog-Stein/Seifert 2010, Möller 2010). Die erfolgreiche Anwendung dieser Instrumente bedarf aber gerade einer gewissen „Rigidität“ des Arbeitsmarkts mit einer funktionierenden Sozialpartnerschaft und stabilen Verhältnissen zwischen den Beschäftigten und den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern (Hall/Soskice 2001).

Dass die Unternehmen im jüngsten Abschwung auch eine ungewöhnlich schwache Entwicklung der Stundenproduktivität und damit einen starken Anstieg der Lohnstückkosten hingenommen haben, könnte aber – neben dem befürchteten Fachkräftemangel – auch daran liegen, dass sie im vorangehenden Aufschwung ein Gewinnpolster aufbauen konnten, weil der Verteilungsspielraum nie ausgeschöpft wurde: „Die im Rahmen der ‚Agenda 2010‘ umgesetzten Arbeitsmarktreformen trugen in den vergangenen Jahren zu einer beispiellosen Lohnzurückhaltung bei. Da in den meisten anderen Ländern eine vergleichbare Entwicklung nicht zu beobachten war, verbesserte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Ausland, was wiederum den deutschen Außenbeitrag stimulierte und so maßgeblich zu dem zurückliegenden Aufschwung beitrug.“ (Boss et al. 2009, S. 21) Demnach ist die durch die Deregulierung des Arbeitsmarkts verstärkte Lohnmoderation verantwortlich für die Erfolge bei der Beschäftigungssicherung in der Krise.

Diese Argumentation greift aber zu kurz, sie betrachtet allein die positiven Aspekte der Lohnmoderation und verdrängt die negativen. Denn die ausgeprägte Lohnzurückhaltung (auch im Aufschwung), die durch die Arbeitsmarktreformen befördert wurde, ging einher mit stagnierendem Konsum, einer deutlichen Zunahme der Ungleichheit und einseitiger Exportorientierung. Diese ging mit einer stark steigenden Auslandsverschuldung der wichtigsten Handelspartner einher, welche eine der Hauptursache der gegenwärtigen Krise ist.

Ein systematischer Zusammenhang ist aus unserer Sicht nahe liegend (vgl. nächster Abschnitt). Angesichts der makroökonomischen Kollateralschäden des deutschen Geschäftsmodells ist es völlig verkürzt, die positive Entwicklung des deutschen Arbeitsmarkts in der Krise seit 2008 als Erfolg der Arbeitsmarktreformen zu verbuchen.

6 Makroökonomische Implikationen der Deregulierung

In den Jahren 2002-2004 – vor der zur aktuellen Krise führenden Eskalation der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa und weltweit – entwickelten sich Wachstum und Beschäftigung in Deutschland im internationalen Vergleich katastrophal. Da die politische Umsetzung einschneidender institutioneller Änderungen auf dem Arbeitsmarkt und in den Sozialsystemen bereits ab 2002 einen erheblichen Einfluss insbesondere auf die Lohnsetzung und das Konsumentenverhalten gehabt haben dürfte, kann eine Gesamtbilanz der deutschen Deregulierungspolitik nicht ohne Berücksichtigung dieser Periode auskommen.

Über die Beschäftigungsentwicklung hinaus werfen wir im nächsten Abschnitt einen genaueren Blick auf die makroökonomische Entwicklung und insbesondere die Lohnentwicklung in Deutschlands im Vergleich mit anderen, ausgewählten Euro-Ländern. Wir betrachten neben der Entwicklung in Deutschland und Frankreich auch jene in Spanien seit Beginn des ersten Aufschwungs bis zum aktuellen Rand. Der Beginn des ersten Aufschwungs wurde für die betrachteten Länder mit dem vierten Quartal 1998 bzw. dem ersten Quartal 1999 bestimmt, und fällt somit mit dem Beginn der Währungsunion zusammen. Während die Lohnentwicklung in Frankreich seit Gründung der Währungsunion stabilitätsgerecht war, haben die Fehlentwicklungen in Deutschland und Spanien die Stabilität des Euroraums auf unterschiedliche Weise schwer belastet.

Schlechte makroökonomische Performance in Deutschland

Im Untersuchungszeitraum weist Deutschland das geringste Wirtschaftswachstum unter den betrachteten Länder(gruppe)n auf (vgl. Abbildung 2a). Besonders auffällig ist die sehr schwache Entwicklung der Binnennachfrage in Deutschland, die über den gesamten betrachteten Zeitraum von 44 Quartalen preisbereinigt fast völlig stagnierte (vgl. Abbildung 2b), während das reale BIP immerhin um 10% wuchs. Im Durchschnitt der Euro-12-Länder war die reale Binnennachfrage am Ende des betrachteten Zeitraums um 15% höher als zu

Beginn des Beobachtungszeitraums (BIP +16%), in Frankreich sogar um über 20% (BIP +17%). In Deutschland hingegen kamen – bei stagnierendem Konsum – Wachstumsimpulse überwiegend aus dem Ausland.⁸ Im Ergebnis verbesserte sich der Außenbeitrag von nahe 0% des BIP im Jahr 2000 auf fast 8% unmittelbar vor Ausbruch der aktuellen Krise (vgl. Abbildung 2c).

Ebenfalls bemerkenswert ist die äußerst schwache Lohnentwicklung in Deutschland. Diese schlug sich sowohl in kaum mehr steigenden nominalen Lohnstückkosten (vgl. Abbildung 2d) als auch in weitgehend stagnierenden realen Arbeitnehmerentgelten nieder. Selbst während des Aufschwungs ab 2004/5 sind die Reallöhne trotz Rückgangs der Arbeitslosigkeit zeitweise gesunken (vgl. Logeay/Zwiener 2008, Brenke 2009). Gleichzeitig kam es in Deutschland zu einer starken Zunahme der Einkommensungleichheit. Der Gini-Koeffizient stieg um 5 Punkte, von 25 auf 30, während er im Euro-12-Durchschnitt nur von 29 auf 30 stieg (vgl. Tabelle 1). Auch die Lohnspreizung nahm stark zu,⁹ und der Niedriglohnsektor wuchs kräftig (vgl. Brenke 2007, OECD 2008, Bosch et al. 2008).

Vor diesem Hintergrund liegt der Schluss nahe, dass die verschärfte Deregulierung des Arbeitsmarkts ab 2002 eine wichtige Rolle sowohl für die schlechte Lohn- und Verteilungsentwicklung als auch für die extreme Exportorientierung in Deutschland gespielt hat (vgl. z.B. Boss et al. 2009, S. 21, Joebges et al. 2009). Zugleich besteht ein klarer Zusammenhang zwischen der Deregulierung des Arbeitsmarkts und der stark steigenden Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse einerseits und der über weite Strecken stagnierenden Konsumnachfrage andererseits. So stieg die Sparquote der privaten Haushalte seit 2002 gegen den historischen und internationalen Trend wieder an. Etwa ein Drittel bis die Hälfte des Anstiegs der Sparquote lassen sich durch die Umverteilung von Einkommen zu Gunsten der reichen Haushalte erklären, die überproportional viel sparen (vgl. Meinhardt et al. 2009). Zugleich dürften die Reformen auf dem Arbeitsmarkt bzw. deren Antizipation durch die Bevölkerung ab 2002 – im Zusammenspiel mit der gleichzeitigen Teilprivatisierung der Gesetzlichen Rentenversicherung – zur Verunsicherung und Konsumzurückhaltung der

⁸ Zuweilen wird argumentiert, die Lohnzurückhaltung und Exportorientierung ab 1999 sei eine adäquate Reaktion darauf, dass Deutschland überbewertet in den Euro eingetreten ist. Es ist aber unklar, welches Kriterium hierfür herangezogen werden soll. Eine Schätzung des SVR ergibt jedenfalls, dass der reale effektive Wechselkurs Deutschlands im Jahr 1999 mit dem fundamental determinierten Wechselkurs übereinstimmte und folglich keine Überbewertung vorlag (vgl. SVR 2004, Zf. 840ff.).

⁹ Nach Daten der OECD liegt 2005 die Lohnspreizung der Bruttovollzeitlöhne im unteren Segment in Deutschland auf ähnlichem Niveau wie in den angelsächsischen Ländern, sie ist sogar ausgeprägter als in Irland und Großbritannien, und liegt deutlich über dem Durchschnitt von 22 OECD-Ländern.

privaten Haushalte beigetragen haben (vgl. Klär/Slacalek 2006, Meinhardt et al. 2009). Neben einer vor allem in den Jahren 2003-2005 restriktiv-prozyklischen Fiskalpolitik (vgl. hierzu Hein/Truger 2009) erklärt dies die lange Stagnationsphase in Deutschland von 2001 bis 2005. Auch die privaten Investitionen entwickelten sich bis zum Beginn des von der guten Weltkonjunktur entfachten Aufschwungs Anfang 2005 äußerst schlecht. Die Gesamtbetrachtung deutet deutlich darauf hin, dass die im internationalen Vergleich außergewöhnlich lange Stagnationsphase ab 2001 auch ein Ergebnis der Arbeitsmarktreformen und der Agenda 2010 war. Diese Abschwungphase war wirtschaftlich wie sozial sehr kostspielig, und die Beschäftigungsentwicklung katastrophal (vgl. Abb. 2a, 2e und 2f).

Deutsche Exportabhängigkeit: Eine Gefahr für die Europäische Währungsunion

Selbst die verhältnismäßig kräftige Wachstumsentwicklung während des Aufschwungs ab 2005 ist aber im Lichte der aktuellen Krise des Euro-Raums sehr kritisch zu bewerten. Denn auch während des Aufschwungs wurde das Wachstum in Deutschland vor allem von der kräftigen Exportnachfrage, insbesondere aus dem europäischen Ausland, getrieben.¹⁰ So wird international immer wieder betont, dass Deutschland Mitverantwortung an den gegenwärtigen Zahlungsproblemen der Länder im Euroraum mit hohen Leistungsbilanzdefiziten trägt (vgl. z.B. Fitoussi 2010, Giavazzi 2010, Posen 2010, Stiglitz 2010).

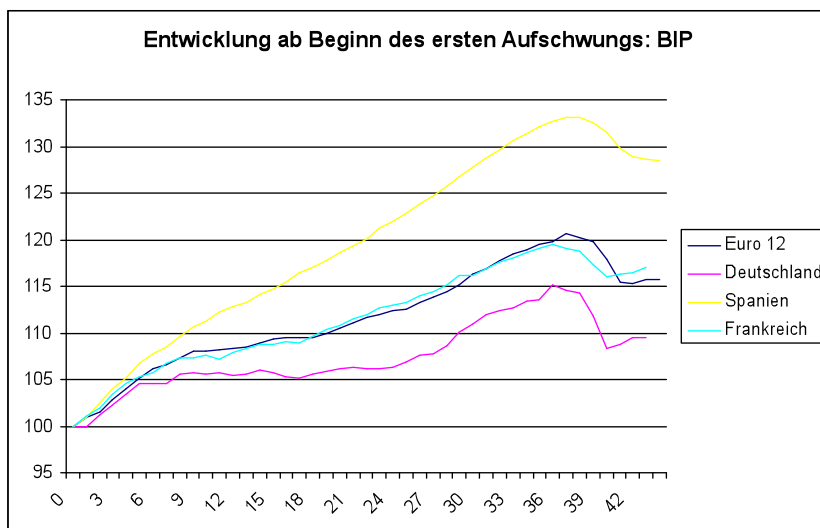
Natürlich spricht nichts dagegen, dass Deutschland hohe Exporte erzielt. Das Problem sind systematische Export- und Leistungsbilanz*überschüsse*, die aus einer im Vergleich mit dem Ausland zu schwachen binnenwirtschaftlichen Entwicklung und somit zu geringen Importen resultieren. Da die Leistungsbilanz des Euroraums insgesamt seit Gründung der Währungsunion 1999 zumeist nahezu ausgeglichen war,¹¹ gingen die deutschen Überschüsse notwendigerweise mit hohen Defiziten und steigender Verschuldung anderer Länder wie etwa Spaniens einher (vgl. Abb 2c).

¹⁰ Über 60% der deutschen Exporte gehen in die EU, über 40% in den Euroraum.

¹¹ Verschiedentlich wird argumentiert, dass der Euroraum insgesamt infolge seiner alternden Bevölkerung einen Leistungsbilanzüberschuss erzielen müsse, um einen Vermögensstock aufzubauen, dessen Erträge bzw. dessen Abbau in der Zukunft den Lebensstandard der Rentner sichert. Allerdings gibt es wenige Länder, deren demographische Entwicklung anders gerichtet ist; auch in China beispielsweise nimmt der Anteil der Rentner zu. Die bereits in der Vergangenheit zu verzeichnenden Krisen von Ländern mit entsprechenden Leistungsbilanzdefiziten und steigender Auslandsverschuldung zeigen zudem, wie unsicher derartige Anlagen sind.

Von entscheidender Bedeutung für die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte im Euroraum war die sehr unterschiedliche Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten, welche die entscheidende Bestimmungsgröße für die Preisinflation sind (vgl. Zemanek et al. 2009). Zwischen 1999 und 2007 stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland nur um 1,8%, während sie in Griechenland, Portugal und Spanien zwischen 28% und 30% zunahmen. Das Inflationsziel der EZB implizierte für den gleichen Zeitraum einen Preisanstieg um etwa 18%, die Lohnentwicklung in Deutschland war also in dieser Hinsicht in noch größerem Ausmaß stabilitätswidrig als etwa in Spanien (vgl. Abb 2d). Die zu niedrigen Inflationsraten in Deutschland führten neben der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit zu überhöhten Realzinsen, die wiederum die binnenwirtschaftliche Nachfrage schwächten. In Spanien und anderen Ländern mit hohen Leistungsbilanzdefiziten war die Entwicklung spiegelbildlich. Doch bei allen wirtschaftspolitischen Fehlern, die in den Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten gemacht worden sein mögen, gilt: Eine Währungsunion, in der das mit Abstand größte Mitgliedsland¹² eine derart auf hohe Exportüberschüsse fixierte Wachstumsstrategie verfolgt und kaum zur binnenwirtschaftlichen Nachfrage beiträgt,¹³ kann auf Dauer nicht funktionieren (vgl. hierzu ausführlicher Horn et al. 2009, Brecht et al. 2010).

Abbildung 2a



¹² Auf Deutschland entfallen etwa 25 Prozent des Euroraum-BIP.

¹³ Deutschland ist das einzige Land im Euroraum, wo die Nettoexporte zwischen 1999 und 2007 im Durchschnitt mehr zum BIP-Wachstum beitrugen als die binnenwirtschaftlichen Sektoren zusammen.

Abbildung 2b

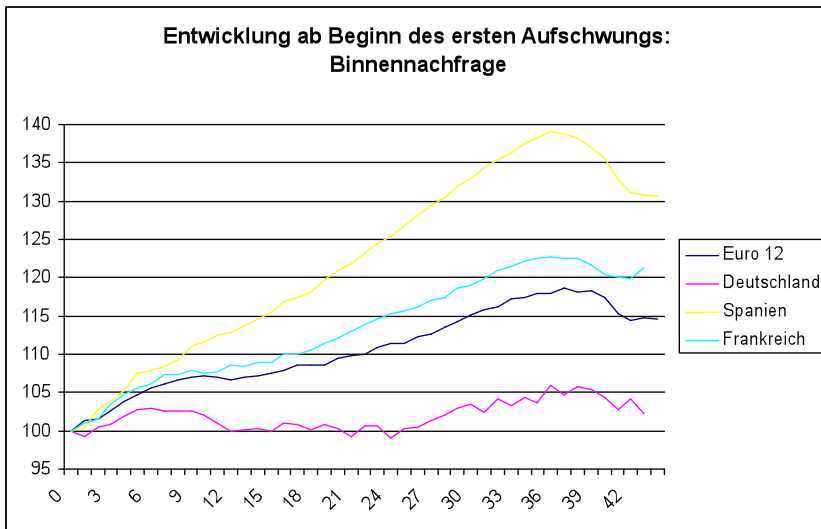


Abbildung 2c

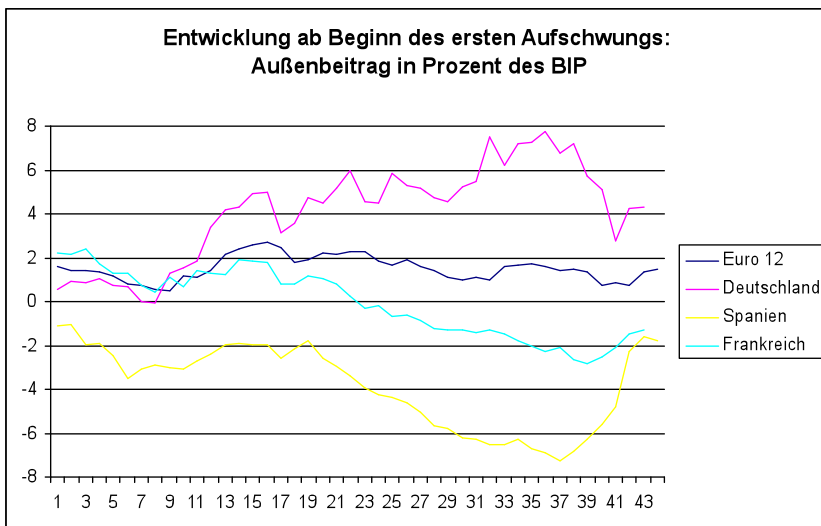


Abbildung 2d

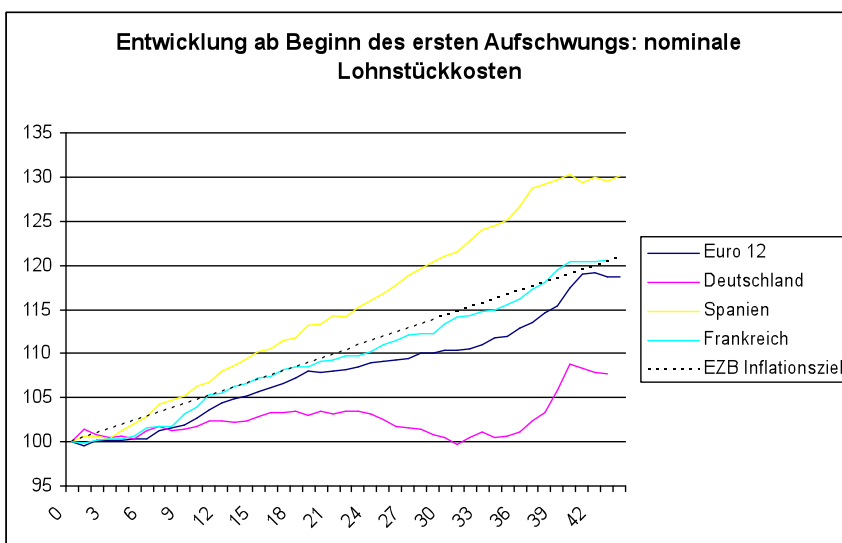


Abbildung 2e

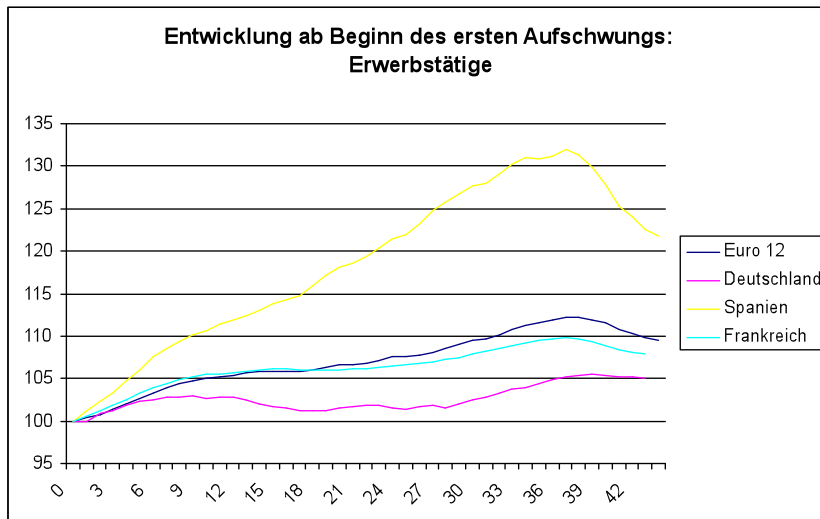
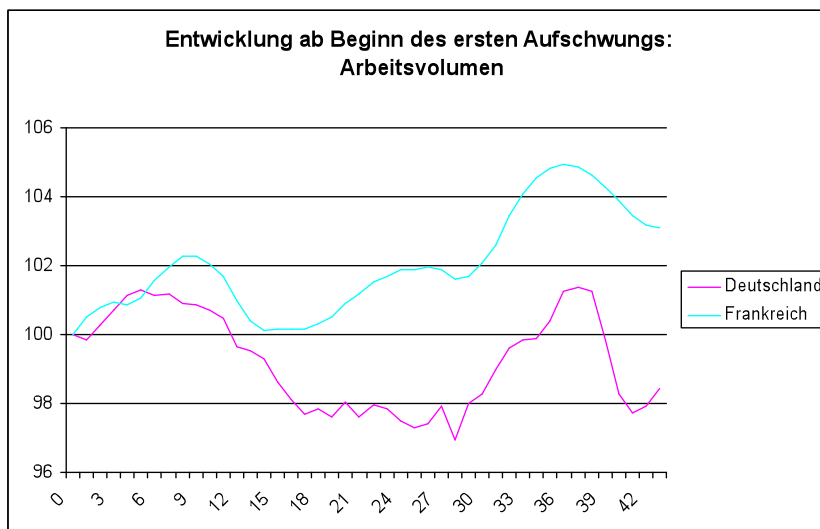


Abbildung 2f



Anmerkungen: Beginn des ersten Zyklus: EU 12: 1998:4, Deutschland: 1999:1, Frankreich: 1999:1, Spanien: 1998:4

In Abb. 2d wurde zur Orientierung das Inflationsziel der EZB eingezeichnet. Zu beachten ist, dass die Lohnstückkosten zwar in engem Zusammenhang mit der Inflation stehen, diese aber auch von anderen, exogenen Faktoren (Energiepreise etc.) beeinflusst wird.

Quelle: Eurostat; Berechnungen der Autoren

Eine andere Wachstumsstrategie ist möglich

Dass eine besser balancierte Wachstumsentwicklung mit besserer Beschäftigungs- und Verteilungsentwicklung möglich ist, zeigt das Beispiel Frankreichs (vgl. hierzu auch Horn et al. 2008). Vom ersten Quartal 1999 bis zum ersten Quartal 2008 stiegen die nominalen Lohnstückkosten hier um 16%. Diese Entwicklung stand voll im Einklang mit dem Inflationsziel der EZB. Die französische Außenhandelsbilanz war über diesen Zeitraum

relativ ausgeglichen, in der ersten Hälfte leicht positiv, in der zweiten leicht negativ. Die Binnennachfrage entwickelte sich kräftig. Von 1999 bis 2007 blieb die Lohnquote nahezu konstant (-0,7 Prozentpunkte). Die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen verschärfte sich entgegen dem internationalen Trend nicht: Der Gini-Koeffizient sank sogar von 1999 bis 2007 um 3 Prozentpunkte (ist aber seit Krisenbeginn wieder um 2 Punkte gestiegen).

Eine stärkere binnenwirtschaftliche Ausrichtung Deutschlands, mit besserer Lohnentwicklung, hätte sowohl zu höherem Wachstum im Inland (vgl. Joebges et al. 2009) als auch zu mehr Stabilität im Euroraum beigetragen.

7 Fazit

Die Phase der Lohnmoderation und des exportorientierten Wachstumsmodells in Deutschland war nicht erfolgreich, weder für Deutschland noch für den Euroraum. Auch wenn die Arbeitsmarktreformen des vergangenen Jahrzehnts die Vermittlungseffizienz des Arbeitsmarkts erhöht haben mögen, schwächten sie auch die Lohnverhandlungsmacht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusätzlich. Es wurde versucht, das Problem der Arbeitslosigkeit durch mehr Druck auf die Löhne zu lösen. Die Politik und ihre Berater folgten dabei dem damaligen Deregulierungsdogma der OECD, welches die angelsächsischen Arbeitsmärkte als überlegen klassifizierte. Deutschland näherte sich dem liberalen, marktorientierten Modell an (Ebbinghaus/Eichhorst 2009, S. 141).

Mittlerweile ist die OECD von dieser einseitigen Propagierung flexibler Arbeitsmärkte wieder abgerückt, und betont, „that there is not a single road for achieving good employment performance“ (2006, S. 192). Denn etwa die nordeuropäischen Länder erreichen nicht nur genauso niedrige Arbeitslosenraten wie die angelsächsischen Länder,¹⁴ sondern sind auch wesentlich erfolgreicher in der Bekämpfung von Armut und Ungleichheit. Auch die Entwicklung Frankreichs zeigt, dass es durchaus Alternativen zum deutschen Entwicklungspfad gibt. Das deutsche Arbeitsmarktmodell ist im internationalen Vergleich nicht besonders herausragend bei der Schaffung von Beschäftigung, aber hinderlich für die Wachstumsentwicklung in Deutschland und inkompatibel mit einer stabilen ökonomischen Entwicklung des Euroraums. Ein wichtiger erster Schritt hin zu einer Normalisierung des

¹⁴ Dies war die Einschätzung der OECD vor der aktuellen Krise, als die USA und Großbritannien noch als Vorzeigeökonomien behandelt wurden und durch geringe Arbeitslosigkeit heraus stachen.

deutschen Wachstumsmodells wären Lohnabschlüsse die den Verteilungsspielraum ausnutzen. Dies sollte von der Politik durch diverse Maßnahmen unterstützt werden, wie bspw. ein vermehrtes Gebrauchmachen vom Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifabschlüssen; eine Normalisierung der Beschäftigungs- und Lohnentwicklung im öffentlichen Sektor; die stärkere Beförderung von Lohnstandards im Rahmen des Vergaberechts; die „Ergänzung“ der Arbeitsmarktreformen um einen Mindestlohn; die Eindämmung der Leiharbeit; und höhere Regelsätze für das Arbeitslosengeld II.

Literatur

- Baccaro, L./Rei, D. (2007): Institutional Determinants of Unemployment in OECD Countries: Does the deregulatory view hold water?, *International Organization*, 61, S. 527-569
- Bach, S., Steiner, V. (2007): Zunehmende Ungleichheit der Markteinkommen: Reale Zuwächse nur für Reiche. *DIW Wochenbericht*, 13/2007, S. 193-198
- Baker, D./Glyn, A./Howell, D./Schmitt, J. (2004): Unemployment and Labor Market Institutions: The Failure of the Empirical Case for Deregulation, *ILO Working Paper*, 43
- Bassanini, A./Duval, R. (2006): The Determinants of Unemployment Across OECD Countries: Reassessing the Role of Policies and Institutions, *OECD Economic Studies*, 42, S. 7-86.
- Bispinck, R./Schulten, T. (2009): Re-Stabilisierung des deutschen Flächentarifvertragssystems, *WSI Mitteilungen*, 4/2009, S. 210-217
- Bosch, G./Kalina, T./Weinkopf, C. (2008): Niedriglohnbeschäftigte auf der Verliererseite, *WSI Mitteilungen*, 8/2008, S. 423-430
- Bosch, G. (2009): Low-wage work in five European countries and the United States, *International Labour Review*, Vol. 148, Nr. 4
- Boss, A./Dovern, J./Groll, D./Meier C.-P./van Roye, B./Scheide, J. (2009): Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2009. *Kieler Diskussionsbeiträge*, Nr. 470 /471, Kiel, S. 57
- Brecht, M./Tober, S./van Treeck, T./Truger, A. (2010): Squaring the circle in Euroland? Some remarks on the Stability and Convergence Programmes 2010-2013, *IMK Working Paper* 3/2010
- Brenke, K. (2007): Zunehmende Lohnspreizung in Deutschland. *DIW Wochenbericht*, 6/2007, S. 73-79.
- Brenke, K. (2009): Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig, *DIW-Wochenbericht*, 33/2009, S. 550-560

- Ebbinghaus, B./Eichhorst, W. (2009): Germany, in: de Beer, P./Schils, T., The Labour Market Triangle – Employment Protection, Unemployment Compensation and Activation in Europe, Edward Elgar: Cheltenham, S. 119-144
- Eichhorst, W./Marx, P./Thode, E. (2009): Arbeitsmarkt und Beschäftigung in Deutschland 2000-2009, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
- Fitoussi J.-P. (2010): Rezepte gegen den Exportexzess, Interview in der FTD am 7. April 2010
- Giavazzi, F. (2010): Germany's trade surplus and investments in southern Europe: <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/4911> [2010-05-19]
- Grabka, M., Frick, J. (2010): Weiterhin hohes Armutsrisiko in Deutschland: Kinder und junge Erwachsene sind besonders betroffen, DIW Wochenbericht 7/2010, S. 2-11.
- Hall, P./Soskice, D. (2001): Varieties of Capitalism – The Institutional Foundations of Comparative Advantage, University Press: Oxford
- Hein, E./Truger, A. (2009): How to Fight (or Not to Fight) a Slowdown, Challenge, 52/3, S. 52–75.
- Herzog-Stein, A./Seifert, H. (2010): Deutsches "Beschäftigungswunder" und flexible Arbeitszeiten, WSI-Diskussionspapier, 169
- Horn, G./Dröge, K./Sturn, S./van Treeck, T./Zwiener, R. (2009): Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) - Die Rolle der Ungleichheit. IMK Report, 41
- Horn, G./Joebges, H./Logeay, C./Sturn, S. (2008): Frankreich: Ein Vorbild für Deutschland? Ein Vergleich wirtschaftspolitischer Strategien mit und ohne Mindestlohn, IMK Report, 31
- Horn, G./Logeay, C./Stapf, D. (2007a): Viel Lärm um nichts? Arbeitsmarktreformen zeigen im Aufschwung bisher kaum Wirkung, IMK Report, 20
- Horn, G./Logeay, C./Tober, S. (2007b): Methodological Issues of Medium-Term Macroeconomic Projections – The Case of Potential Output. IMK Studies, 4
- ifo (2008): Schutz vor Niedriglöhnen oder Arbeitsplatzvernichter: Für und wider die Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohns, ifo Schnelldienst, Nr. 6
- IWF (2003): World Economic Outlook: Unemployment and labor market institutions: Why reforms pay off, Kapitel 4, Washington, D. C.
- Joebges, H./Schmalzbauer, A./Zwiener, R. (2009): Der Preis für den Exportweltmeister Deutschland: Reallohnrückgang und geringes Wirtschaftswachstum, IMK Studies, 4/2009
- Klär, E./Slacalek, J. (2006): Entwicklung der Sparquote in Deutschland: Hindernis für die Erholung der Konsumnachfrage, Wochenbericht des DIW, 40/2006

- Layard, R./Nickell, S./Jackman, R. (1991): Unemployment. Macroeconomic Performance and the Labour Market. Oxford University Press
- Logeay, C./Zwiener, R. (2008): Deutliche Realeinkommensverluste für Arbeitnehmer: Die neue Dimension eines Aufschwungs, WSI Mitteilungen, 8/2008, S. 415-422
- Meinhardt, V./Rietzler, K./Zwiener, R. (2009): Konjunktur und Rentenversicherung – gegenseitige Abhängigkeiten und mögliche Veränderungen durch diskretionäre Maßnahmen, Forschungsbericht im Auftrag Deutsche Rentenversicherung Bund, IMK Studies, 3/2009
- Möller, J. (2010): The German labor market response in the world recession – de-mystifying a miracle, Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, 42, S. 325-336
- Nickell, S./Nunziata, L./Ochel, W. (2005): Unemployment in the OECD since the 1960s. what do we know?, The Economic Journal, Vol. 115, Issue 500, S. 1–27
- OECD (2006): Employment Outlook: Boosting Jobs and Incomes, Paris
- OECD (2008): Growing unequal? Income distribution and poverty in OECD countries, Paris.
- Posen A. (2010): Rezepte gegen den Exportexzess, Interview in der FTD am 7. April 2010
- Sinn, H.-W. (2004): Ist Deutschland noch zu retten? Econ, München
- Sinn, H.-W./Geis, W./Holzner, C. (2009): Die Agenda 2010 und die Armutsgefährdung, ifo Schnelldienst 17/2009, S. 23-27
- Schröder, G. (2005): Rede von Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem World Economic Forum in Davos: <http://archiv.bundesregierung.de/bpaexport/rede/91/780791/multi.htm> [2010-05-19]
- Stiglitz, J. (2010): Kann der Euro gerettet werden? <http://www.project-syndicate.org/commentary/stiglitz125/German> [2010-05-19]
- SVR (1999): Wirtschaftspolitik unter Reformdruck, Jahresgutachten 1999/2000, Wiesbaden
- SVR (2000): Chancen auf einen höheren Wachstumspfad, Jahresgutachten 2000/01, Wiesbaden
- SVR (2004): Erfolge im Ausland – Herausforderungen im Inland, Jahresgutachten 2004/05, Wiesbaden
- SVR (2006): Widerstreitende Interessen - Ungenutzte Chancen, Jahresgutachten: 2006/07, Wiesbaden
- SVR (2007): Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten: 2007/08, Wiesbaden
- SVR (2008): Die Finanzkrise meistern - Wachstumskräfte stärken, Jahresgutachten: 2008/09, Wiesbaden

Zemanek, H./Belke, A./Schnabl, G. (2009): Current Account Imbalances and Structural Adjustment in the Euro Area: How to Rebalance Competitiveness, DIW Discussion Papers, 895